

Jahresbericht des ORH

Das Wissenschaftsministerium sollte zusammen mit der Universität und dem Finanzministerium prüfen, wie das IT-System für die Personalverwaltung an der Universität Würzburg wirtschaftlicher gestaltet werden kann.

IT-Dienstleistungen erbringt die Universität an verschiedenen Stellen mit redundanter Infrastruktur und parallelen Services. Der ORH empfiehlt, den IT-Einsatz zu konsolidieren und dazu die Strategie des universitären IT-Konzepts weiterzuentwickeln.

Beschluss des Landtags

vom 6. Juni 2018

(Drs. 17/22599 Nr. 2g)

Die Staatsregierung wird gemäß Art. 114 Abs. 3 und 4 BayHO ersucht, zusammen mit der Universität ein Konzept zu erarbeiten, mit dem das IT-System für die Personalverwaltung an der Universität Würzburg wirtschaftlicher gestaltet werden kann. Dabei ist die Schnittstellenproblematik zu berücksichtigen. Außerdem ist sicherzustellen, dass die Universität den IT-Einsatz konsolidiert und dazu ein IT-Konzept entwickelt und umsetzt. Dem Landtag ist bis zum 30.06.2019 zu berichten.

Stellungnahme des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst

vom 8. Juli 2019

(U.4-H2233.WÜR/4/51)

Das Wissenschaftsministerium teilt im Wesentlichen Folgendes mit:

IT-System für die Personalverwaltung wirtschaftlicher gestalten

Die Universität Würzburg habe sich mit Unterstützung von Vertretern des Wissenschaftsministeriums, des Finanzministeriums und des Landesamts für Finanzen (LfF) sowie unter Einschaltung eines externen Beraters intensiv mit dem IT-System für die Personalverwaltung auseinandergesetzt. Dabei habe sie u. a. einen Vergleich des an der Universität Würzburg eingesetzten Programms SAP Human Capital Management (HCM) und dem im Freistaat Bayern eingesetzten Programm VIVA (Vollintegriertes Verfahren komplexer Anwendungen) durchgeführt und sowohl ein Umstiegsszenario auf VIVA als auch ein Szenario zur Fortführung von

SAP HCM entwickelt. Der besondere Fokus habe auf dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit gelegen.

Nach Analyse der Universität sei die Beibehaltung des integrierten SAP HCM aus im Wesentlichen folgenden Gründen die wirtschaftlichere Lösung:

Seit über 20 Jahren werde das integrierte SAP-System eingesetzt. Integrativer Ansatz sei, die Bereiche Personal, Finanzen, Kostenrechnung, Berichtswesen, Beschaffungswesen und Organisationsmanagement datentechnisch miteinander zu vernetzen. Dieser integrative Einsatz unterscheide das SAP-System der Universität von den IT-Verfahren der in VIVA integrierten Hochschulen.

Die Universität habe mit einem externen Berater in zwei Szenarien den Aufwand der Projekte untersucht:

- Szenario 1 - Fortführung des bisherigen Systems unter Umsetzung des bayerischen Personalverwaltungsstandards (z. B. Lösch-, Berechtigungs- und Testkonzept): 913 Personentage (davon 757 intern); Kosten: 354.000 € (einmalig), 14.364 € (laufend)
- Szenario 2 - Umstieg auf VIVA: 1.421 Personentage (davon 1.078 intern); Kosten: 637.000 € (einmalig), 180.900 € (laufend)

Vor diesem Hintergrund empfehle sich aus Sicht der Universität, das integrierte Verfahren HCM im SAP Enterprise Resource Planning (ERP)-System (Szenario 1) beizubehalten.

Ohne den integrativen Ansatz im SAP-Verfahren müssten Daten - wie bei den anderen Hochschulen - über Schnittstellen ausgetauscht werden. Der nicht integrative Ansatz der mit VIVA arbeitenden Hochschulen habe seinerzeit deren Migration in das VIVA-System unterstützt. Die Geschäftsprozesse seien bereits auf die nicht untereinander vernetzten Datenstrukturen abgestimmt worden, so dass lediglich die Exportschnittstellen für die Personaldaten hätten angepasst werden müssen. Bei

der Universität Würzburg hingegen lägen aufgrund des integrativen Ansatzes andere Voraussetzungen vor. Ein Umstieg auf VIVA würde wesentliche zentrale Daten aus dem dortigen SAP-Verfahren entfernen, ohne die die verbleibenden Restmodule im SAP-System nicht mehr funktionstüchtig wären. Die Folge wären Restrukturierungen der IT-Verfahren, die dann über Schnittstellen angebunden werden müssten. Eine umfangreiche Restrukturierung der Geschäftsprozesse und Verwaltungsabläufe wäre die Folge.

Die Hochschulen seien nicht in das Behördennetz integriert, sondern über das bundesweite Wissenschaftsnetz miteinander verbunden. Diese dem Forschungs- und Lehrauftrag der Hochschulen geschuldete Trennung stelle eine zusätzliche Hürde mit unmittelbarer Auswirkung auf Schnittstellen dar, da sie einen automatisch ablaufenden Datenaustausch zwischen einzelnen Programmen verhindere.

Durch den Einsatz von VIVA bei den Behörden des Freistaates seien die Personalwirtschaftsprozesse standardisiert und durch Qualitätssicherungsmaßnahmen die Datenqualität auf ein einheitliches hohes Niveau gehoben worden. Ein Papieraustausch sei jedoch weiterhin aus haushalts-, steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Gründen notwendig. Es handele sich im Wesentlichen um die gleichen Papiere, die auch heute die Universität Würzburg an das LfF übersenden müsse. Ein Umstieg auf VIVA würde somit in der Summe die Wirtschaftlichkeit weder kurz- noch langfristig steigern. Zusätzlich wären neue Belastungen durch den Betrieb und die Pflege von zusätzlichen Schnittstellen und Verfahren zu erwarten. Ein wirtschaftlich tragfähiges Konzept sei somit nur gegeben, wenn die im ersten Szenario beschriebenen Maßnahmen des Projektberichts der Universität umgesetzt würden.

Auf Grundlage des vorliegenden Projektberichts befürworte daher das Wissenschaftsministerium eine Anpassung des bisherigen Systems und eine

Fortführung des eingeschlagenen Weges an der Universität Würzburg.

IT-Einsatz innerhalb der Universität konsolidieren

Auf die Vorgabe, den IT-Einsatz innerhalb der Universität zu konsolidieren, geht das Wissenschaftsministerium in seiner Stellungnahme nicht ein. Es hat lediglich die Stellungnahme der Universität als Anlage beigefügt. Danach sei in verschiedenen Bereichen mittlerweile eine weitere Konsolidierung erreicht worden. Redundante Infrastruktur und parallele Services hätten damit abgebaut werden können. Beispiele seien u. a. das Housing von physischen und virtuellen Servern, die Zentralisierung der Mailserver, Webserver, Speicher- und Backup-Systeme, der Betrieb und die Beschaffung eines zentralen High Performance Computing (HPC)-Clusters, der die bestehenden dezentralen HPC-Cluster ablösen solle.

Anmerkung des ORH

IT-System für die Personalverwaltung wirtschaftlicher gestalten

Der ORH weist auf folgende Entwicklungen hin:

- Kostenvergleich:

Die Universität hat bei ihrer wirtschaftlichen Untersuchung, ob die Fortführung ihres bisherigen Verfahrens oder ein Umstieg auf VIVA für Personal- und Stellenverwaltung wirtschaftlicher wäre, lediglich jeweils ihren eigenen Aufwand betrachtet, nicht aber den, der beim Freistaat anfällt. Nicht mit einbezogen wurde, dass Sachbearbeiter des LfF anstelle der Universität Personaldaten erfassen und pflegen müssen, damit dann die Bezüge ausbezahlt werden können. Der ORH unterstellt, dass der Aufwand des LfF dafür dem der Universität entspricht. Daten redundant zu erfassen und zu pflegen, bedeutet einen unnötigen Mehraufwand für das LfF und ist zusätzlich fehleranfällig.

Wissenschafts- und Finanzministerium sind daher bestrebt, zusätzlich zur derzeit in der Umsetzung befindlichen Buchungsdatenschnittstelle weitere digitale Austauschmöglichkeiten zwischen

Universität und VIVA zu prüfen, die den händischen Erfassungsaufwand insbesondere beim LfF verringern würden. Auch hierfür werden heute nicht bezifferbare Kosten entstehen, so dass die Aussagekraft der in den beiden Szenarien geschätzten Kosten begrenzt ist.

- Umstieg auf neue SAP-Software

Die aktuell bei der Universität eingesetzte Software wird die Firma SAP spätestens ab Ende 2030 nicht mehr warten. Dies bedeutet, dass die Universität in absehbarer Zeit auf deren Nachfolgesysteme umsteigen muss (SAP S/4HANA bzw. SAP HCM for SAP S/4HANA on premise edition).

Der Freistaat hat bereits entsprechende Verträge mit der Firma SAP abgeschlossen. Die Universität sollte deshalb im Vorfeld prüfen, ob sie sich diesen bestehenden Verträgen insbesondere aus Wirtschaftlichkeitsgründen - im Sinne eines Vertragspartners „Freistaat Bayern“ - anschließen könnte.

- Schnittstellenproblematik

Das Wissenschaftsministerium verweist auf die Unterschiede des Datenaustauschs über Schnittstellen bei den anderen Universitäten bzw. auf den integrativen Datenzugriff im SAP System bei der Universität Würzburg. Eine Bewertung allerdings, welche Variante besser ist, fehlt. Dies ist für eine gesamtwirtschaftliche Betrachtung von Bedeutung.

- Wissenschaftsnetz

Das Wissenschaftsministerium verweist darauf, dass die Hochschulen nicht in das Behördennetz integriert, sondern an das Wissenschaftsnetz angebunden seien, was eine zusätzliche Hürde darstellen und einen automatisch ablaufenden Datenaustausch verhindern würde.

Tatsächlich ist auch die Universität Würzburg teilweise (insbesondere der Verwaltungsbereich) an das Behördennetz angeschlossen. Die Verwendung von VIVA bei anderen Hochschulen zeigt, dass ein Datenaustausch zwischen dem Behörden- und dem Wissenschaftsnetz möglich ist.

- **Digitale Personalakte (DiPA-IP)**

Damit der Freistaat Personalakten zukünftig digital führen kann, hat das Finanzministerium Mitte 2019 das Projekt DiPA-IP gestartet. Die Pilotierung ist für 2020 vorgesehen. Nach erfolgreichem Abschluss wird über den bayernweiten Einsatz der Digitalen Personalakte entschieden. Hierfür besteht in Art. 111 Bayerisches Beamten-gesetz bereits die gesetzliche Grundlage.

Die Digitale Personalakte wird technisch voraussichtlich eng an VIVA angebunden werden. Die Universität sollte deshalb klären, wie sich eine bayernweit einheitliche Digitale Personalakte an ein von der Universität selbständig betriebenes SAP HCM Modul anbinden lässt.

Im Hinblick auf die langfristige Bedeutung der beiden Punkte Landeslizenz für die SAP-Software und Digitale Personalakte sollte das Wissenschaftsministerium eine einheitliche Lösung für alle Universitäten anstreben.

IT-Einsatz innerhalb der Universität konsolidieren

Der ORH begrüßt die Fortschritte und empfiehlt, die Konsolidierung und den organisatorischen Zusammenschluss der unterschiedlichen IT-Dienstleister weiter voranzutreiben.

Der ORH behält sich vor, die Universität Würzburg zu gegebener Zeit erneut zu prüfen.

**Beschluss des Ausschusses
für Staatshaushalt und Finanz-
fragen**

vom 27. Mai 2020

Kenntnisnahme.